



ICE



Mehdorn

BAHN

Bonus für Mehdorn

Die geplante Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG sorgt für neuen Ärger. Sollte das Unternehmen wie geplant seine Transport- und Logistik-Tochter an die Börse bringen, erhalten der Vorstand und die oberste Führungsebene ein millionenschweres Bonuspaket. Die Sonderzahlungen hatte der Personalausschuss des Bahn-Aufsichtsrats bereits im Juni verabschiedet – darüber jedoch strengstes Stillschweigen vereinbart. Selbst Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) kannte das Prämienprogramm bis vor wenigen Tagen nicht. Besonders empörte den Politiker, dass die Bahn für ihre Manager den Geldhahn auch dann aufdreht, wenn der Börsengang nur drei Milliarden Euro einbringt. Im Mai war Tiefensee noch von bis zu acht Milliarden Euro ausgegangen. Die Regierung hatte den Börsengang vor gut zwei Wochen – gegen den Willen von Bahn-

Chef Hartmut Mehdorn – verschoben, weil ein Verkaufserlös von 4,5 Milliarden Euro nicht gesichert schien. „Es kann doch nicht sein, dass wir bei Bankmanagern hart durchgreifen, aber die Chefs unserer eigenen Unternehmen dafür belohnen, wenn sie Bundesvermögen verschleudern“, kritisiert auch der Vorsitzende des Bundestags-Haushaltsausschusses, Otto Fricke (FDP). Vergangenen Montag rief Tiefensee den Aufsichtsratsvorsitzenden und Evonik-Chef Werner Müller an und drängte ihn, den entsprechenden Vertrag aufzulösen. Der lehnte das ab. Er könne, so Müller, einen Vertrag, der in Abstimmung mit der Bundesregierung erst Ende Juni geschlossen worden sei, nicht einseitig kündigen. Pikant: Ausgerechnet Tiefensees Staatssekretär Matthias von Randow hatte das Bonuspaket für die Regierung mit abgesegnet, seinem Chef davon aber offenbar nichts erzählt. Die Bitte Tiefensees, die Tantieme erst nach erfolgreichem Börsengang auszuhandeln, wies Müller zurück. Hintergrund ist der Mannesmann-Prozess, in dem sechs Manager wegen eines ähnlichen Vorgangs jahrelang vor Gericht standen. Müller: „Ich möchte nicht mit Ihnen auf der Anklagebank sitzen.“

BILDUNG I

NRW fordert Stipendien

Nach dem Bildungsgipfel von Bund und Ländern will Nordrhein-Westfalen ein Stipendium für Studenten durchsetzen. Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) wird bei der Gemeinsamen Konferenz der Finanz- und Wissenschaftsminister von Bund und Ländern (GWK) an diesem Montag in Bonn vorschlagen, künftig zehn Prozent aller Studienanfänger mit 300 Euro monatlich zu unterstützen. Das Geld solle zusätzlich zu Bafög-Zahlungen fließen. Bund und Länder hätten sich in Dresden geeinigt, neue Stipendienprogramme anzustreben. „Wir können damit nicht länger warten“, sagt Pinkwart.

Allerdings haben sich die SPD-Minister aus Sachsen, Rheinland-Pfalz und Bremen bisher gegen neue Zahlungen ge-

sperrt, die vom Einkommen der Eltern unabhängig sind. Bei der GWK-Konferenz soll es auch um die Zukunft des



Schavan

LAURENT GILLIERON / AP

„Pakts für Forschung und Innovation“ gehen. Dabei stößt Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) mit ihrem Vorhaben, die Budgets der großen Wissenschaftsorganisationen kräftig zu steigern, bei den Länderfinanzministern auf Widerstand. Um neue Projekte und Institute zu ermöglichen, will Schavan den Forschern künftig fünf Prozent mehr Geld pro Jahr geben. Andernfalls könnten die Wissenschaftler nur Inflation und Tarifsteigerungen ausgleichen.